66. Jahrgang. № 427 Montag, 18. September 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 105,—, Einzelnummer M. 6,—, Sonntagsausgabe M. 8,—.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 32 mm breite Zeile M. 20,—, außerhalb Sachsens M. 25,—. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25% Nachlaß. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hast Du **Augengläser** nötig, gehe zu Gebrüder **Roettig**, Dresden-A. Prager Straße 23

Die Abrüstungskomödie im Völkerbund.

Der englisch-französische Gegensatz.

Genf, 17. Sept. In der gestrigen Sitzung des dritten **Ausschusses** der Völkerbundsversammlung (Ausschuß für Rüstungsbeschränkungen) wurde plötzlich die Annahme des **Entwurfes des Garantiepaktes** in Frage gestellt. **Die drei ersten Artikel** lagen zwar in der Form vor, in der sie **der dritte Ausschuß** und das Redaktionskomitee bereits genehmigt hatten, für den restlichen Artikel 4 aber standen zwei Texte einander gegenüber, erstens der von Lord **Robert Cecil**, der folgenden Wortlaut hat:

„Ein gegenseitiger Garantiepakt kann selbstverständlich nur wirksam werden, wenn eine Rüstungsbeschränkung von allen Parteien angenommen wird, nachdem eine nach der Meinung der Mehrheit des Völkerbundsrates ausreichende Organisation geschaffen wurde, um die Verwirklichung und die Aufrechterhaltung der Rüstungsbeschränkungen zu sichern."

Der Entwurf de Jouvenels (Frankreich) lautet folgendermaßen:

„Da die allgemeine Rüstungsbeschränkung das Ziel der vorhergehenden Resolution und der Garantiepakt ein Mittel für ihre Verwirklichung ist, ist selbstverständlich die vorherige Einwilligung zu einer Rüstungsbeschränkung die erste Bedingung des Paktes. Anderseits muß die Beschränkung der nationalen Rüstungen im Verhältnis zu den Sicherheiten stehen, die der Pakt bringen wird. Der Garantieplan und der Abrüstungsplan hängen voneinander ab. Ihre Vorbereitung und ihre Anwendung müssen daher mit Hilfe einer zu diesem Zwecke vom Völkerbundsrate zu schaffenden Organisation gesichert werden."

Die starken und für das ganze Abrüstungsproblem entscheidenden Gegensätze zwischen den beiden Entwürfen kamen in langen, zum Teil sehr lebhaften Reden und Auseinandersetzungen zwischen Lord Cecil und de Jouvenel zum Ausdruck. Während der erstere den Garantiepakt im wesentlichen von einer Abrüstung abhängig machen will, will der zweite an eine Rüstungsbeschränkung erst herantreten, wenn ein befriedigender Garantiepakt gesichert ist. Lord Cecil lehnte diese These vor allem mit den Worten ab, daß es Länder gibt, die erst abrüsten wollen, wenn sie Garantien bekommen haben, während andere Länder erst dann Garantien geben werden, wenn auch abgerüstet wird. Angesichts dieses scharfen Gegensatzes beantragte Lord Cecil, daß man über die Textentwürfe keine voreiligen Beschlüsse fasse, sondern sie dem gemischten Ausschuß für die Rüstungsbeschränkungen unterbreite. De Jouvenel dagegen, der sich mit der Mehrheit der Delegationen einig glaubte, forderte sofortigen Beschluß mit der Begründung, daß Frankreich eine so wichtige Angelegenheit, wie die der Rüstungsbeschränkung, nicht verzögern wolle. **In längeren Ausführungen spann de Jouvenel diesen Gedanken aus, ließ aber klar erkennen, daß es der französischen Delegation bei dem Paktprojekt ausschließlich auf reale Garantien ankomme, und daß sie keine Verpflichtungen zu Rüstungsbeschränkungen eingehen wolle ohne vorhergehende Sicherungen.**

Nach einer sehr langen Debatte, in der Fisher-England erklärte, daß er wohl dem Paktentwurf zustimme, aber ein so großes Reich wie das britische nicht binden könne, und Askenazy-Polen für die Fassung de Jouvenels eintrat, einigten sich nach persönlicher Aussprache de Jouvenel und Lord Cecil dahin, noch einmal gemeinsam einen Redaktionsentwurf auszuarbeiten, über den später beraten werden soll.

Geheimabkommen der Kleinen Entente mit Polen?

Wie jetzt durch die Presse bekannt wird, hat am 31. August in Marienbad eine Zusammenkunft der Staatsmänner der Kleinen Entente und Polens stattgefunden, bei der folgendes beschlossen worden sein soll:

1. Die hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich, gemeinschaftlich den Statusquo im mittleren und östlichen Europa zu verteidigen. 2. Jede Bedrohung durch eine oder mehrere fremde Mächte gegen eine oder mehrere der hohen vertragschließenden Parteien wird als eine Bedrohung der Gesamtheit dieser Mächte betrachtet werden. 3. Für den Fall, daß eine oder mehrere der hohen vertragschließenden Mächte sich in die Notwendigkeit versetzt sähe, bei einer auswärtigen Macht zum Schutze ihrer legitimen Interessen zu intervenieren, sind sie verpflichtet, vorher die anderen Verbündeten zu informieren, um sich über die Modalitäten einer gemeinsamen Aktion zu verständigen. 4. Jede legitime Beschwerde, die eine oder mehrere der hohen vertragschließenden Mächte bei einer fremden Macht anbringen, wird nach vorheriger Verständigung durch alle Alliierten unterstützt werden. **5. Die hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich für den Fall des Krieges, sich gegenseitig mit allen ihren Kräften zu unterstützen. 6. Die hohen vertragschließenden Parteien werden sofort ihre Generalstäbe miteinander in Verbindung setzen, um die gemeinschaftlichen Mittel, die am besten geeignet sind, die oben erwähnten Verpflichtungen durchzuführen, zu studieren.**

7. Dieses Uebereinkommen wird nicht veröffentlicht werden.

Ausgefertigt in vier Exemplaren in Marienbad am 31. August 1922.

gez. E. Benesch. Nik. P. Pasitsch. i. V.: Duca. Narutowicz.

Französische Treibereien gegen die Garantieregelung.

Das verschleierte Moratorium!

Paris, 17. Sept. „Temps" schreibt in einem Leitartikel über die Reparationsfrage, wenn Deutschland auf seine eigenen Vorschläge zurückkommen und sich damit abfinden werde, daß die Schatzbonds, welche Belgien nach den in der Entschließung vom 31. August festgesetzten Bedingungen an Zahlungsstatt anzunehmen ermächtigt gewesen sei, mit sechsmonatiger Fälligkeit ausgestattet werden, und wenn Deutschland in dieser Beziehung die Garantie der Bank von Holland oder eines holländischen Finanzkonsortiums erhielte, so sei es sicher, daß Belgien, das sich an den Geist und an den Wortlaut der Entschließung vom 31. August halte, dieser Garantie **nur zustimmen könne, wenn sie für die Gesamtheit der ihm zugewiesenen Zahlungen Gültigkeit hätte. Sie solle also für die 270 Millionen Goldmark und nicht nur für die am 15. August und 15. September fällig gewordenen 100 Millionen Goldmark gelten, die, da kein festes Abkommen über die Garantie im allgemeinen erzielt worden sei, nur noch durch ein Goldbepot in gleicher Höhe gedeckt werden könnten.** Das Blatt fragt: Wäre es nicht ein richtiges bemäntelstes Moratorium, wenn man zuläßt, daß die Bank von England oder ein Finanzkonsortium Belgien gegenüber die Garantie dafür übernimmt, daß die deutschen Schatzbonds bei ihrem Fälligwerden in sechs Monaten bezahlt werden, während doch Deutschland auf der anderen Seite sich der Bank von England oder dem Finanzkonsortium gegenüber nur dazu verpflichten würde, die Summe, welche diese Bank oder dieses Finanzkonsortium eventuell für Deutschland vorzuschießen hätten, nach Ablauf von 18 Monaten zurückzuerstatten? **Das wäre ein tatsächlicher Aufschub unter Verletzung der Entscheidung der Reparationskommission, und die deutsche Regierung würde es nicht daran fehlen lassen, diese Verpflichtungen anzuführen, um zu versichern, daß es ihr unmöglich sei, die Zahlungen, die ihr im Jahre 1928 als Reparationszahlungen auferlegt werden, zu leisten.** Deshalb müßte gefordert werden, daß die Reparationsentscheidung vom 31. August strikt aufrechterhalten und in ihrem vollen Umfange, ihrem Geist und ihrem Text nach, unzweideutig verwirklicht werde. (W. T. B.)

Ein süddeutsches Sachlieferungsabkommen mit der französischen Industrie.

Stuttgart, 17. Sept. Nachdem das Abkommen zwischen Stinnes und Lubersac abgeschlossen wurde, ist auch in Württemberg in aller Stille ein Sachlieferungsabkommen zwischen einer süddeutschen und einer französischen Interessentengruppe getätigt worden, das für die süddeutsche Industrie von besonderer Bedeutung sein dürfte. Nachdem es gelang, eine deutsche Großbank, und zwar die hiesige Filiale der Kommerz- und Privatbank, für das Abkommen zu interessieren, wurden am 9. September die Verträge von beiden Interessentengruppen unterzeichnet.

Die Sachlieferungen der deutschen Arbeiterverbände.

Paris, 17. Sept. Wie die Agence Havas erfährt, haben die deutschen Arbeiterverbände die Einladung des Generalsekretärs des Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete Doucedame, Bevollmächtigte mit weitgehenden Vollmachten nach Paris zum Abschluß einer größeren Lieferung von Material für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu entsenden, angenommen. Eine Abordnung der deutschen Verbände wird am Dienstag in Paris erwartet. Unter dem Vorsitz des Abgeordneten und Bürgermeisters von Lens, Fasin, wird eine Sitzung des Aktionskomitees stattfinden, der die deutschen Delegierten beiwohnen werden. In dieser Sitzung sollen wichtige Entscheidungen über die Verwirklichung des Wiesbadener Abkommens, des Abkommens Bemelmans und des zwischen Stinnes und Lubersac abgeschlossenen Abkommens getroffen werden.

Die Eisenbahntariferhöhungen genehmigt.

Berlin, 17. Sept. Als Ergebnis der Verhandlungen im Ausschusse des Reichseisenbahnrats hat das Reichsverkehrsministerium die folgenden Tariferhöhungen festgesetzt: Die Gütertarife werden zum 1. Oktober um 100 Prozent (unter Einrechnung der bereits vorgesehenen 33⅓ Prozent), die Personentarife zum 1. November um 100 Prozent der Oktobertarife erhöht. (Am 1. Oktober tritt bekanntlich bereits eine 50prozentige Erhöhung der Personentarife ein.)

Amerikanische Millionenkredite für Oesterreich?

Wien, 17. Sept. Im „Neuen Wiener Journal" erklärt das Mitglied des amerikanischen Oberhauses Senator James Hamilton Lewis, er sei informiert worden, daß Amerika in etwa vier Wochen Oesterreich einen verfügbaren Kredit im Mindestausmaß von 17 Millionen Dollar anbieten werde. Amerika werde unter Bezugnahme auf die entsprechenden Feststellungen des Völkerbundes die Vereinigungen amerikanischer Finanzleute, die sich mit der österreichischen Kreditfrage befassen, ermächtigen, diesen Kredit flüssig zu machen. Von anderer Stelle ist diese Meldung bisher nicht bestätigt.

Die „Deutsche Allg. Ztg." meldet hierzu weiter aus Wien: Das amerikanische Kreditangebot an Oesterreich beginnt festere Formen anzunehmen. Es schweben Verhandlungen mit den amerikanischen Bankhäusern Morgenthau, sowie Kuhn, Loeb u. Ko. über eine Anleihe von 60 Millionen Dollar, deren Zinsendienst von Italien, der Tschecho-Slowakei und der Schweiz garantiert werden müßte.

Deutschnationale Entschließungen.

Der Zusammenbruch der Erfüllungspolitik. — Der Fall Henning.

Am 14. und 15. d. M. fand in Berlin eine Tagung der Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei statt. Ueber die äußere politische Lage berichtete Abg. Dr. Helfferich; die namentlich durch die Ausnahmegesetze anläßlich des Todes von Rathenau geschaffene innerpolitische Lage wurde durch den Abgeordneten Grafen Westarp beleuchtet. Zu diesen Darlegungen wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Die Erfüllungspolitik hat zu dem von uns vorausgesehenen vollständigen Zusammenbruch geführt. Deutschlands innere und äußere Notlage ist durch sie zur Unerträglichkeit gesteigert worden. **Sie muß endlich durch eine Politik ehrlicher und entschlossener Ablehnung unmöglicher Forderungen ersetzt werden.** Ein entschlossenes, endlich einmal bis in die letzten Folgen hinein festgehaltenes Nein! kann die Katastrophe, die über uns hereingebrochen ist, nicht verschlimmern, es ist vielmehr das einzige Mittel, einer endgültigen, unserer Leistungsfähigkeit angepaßten Regelung der Reparationsforderungen den Weg zu bereiten."

Weiter verlangt die Entschließung, die Arbeitsleistung zu steigern, die Erzeugung zu vermehren und den Ertrag den eigenen Volksgenossen zu Preisen zuzuführen, die die Not der Verbraucher nicht unerträglich gestalten. Wir verlangen deshalb, daß die Reichsregierung die zu treffenden Maßnahmen in engster Fühlung mit den Vertretungen aller Berufsstände und unter Beachtung der Rechte des Reichstages trifft. Hierbei sind selbstverständlich die Vertretungskörper der Arbeitergemeinschaft gleichberechtigt zur Mitwirkung heranzuziehen, die Nebenregierung der sozialdemokratischen Gewerkschaften jedoch muß auf diesem wie auf anderen Gebieten entschieden abgelehnt werden. Endlich wird gefordert, daß die Parole „Der Feind steht rechts" in Wort und Tat zurückgenommen wird. „Die verfassungswidrige Ausnahmegesetzgebung und ihre Anwendung fügt weiten, von heißer Vaterlandsliebe und von pflichtbewußtem Willen zu positiver Mitarbeit erfüllten Volkskreisen Tag für Tag schweres Unrecht zu und behindert sie in der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte; sie gefährdet durch die weitere Entrechtung der Einzelstaaten den Reichsgedanken."

Der Fall des Abgeordneten Henning wurde nach eingehender Aussprache mit der Entscheidung der Reichstagsfraktion als erledigt erklärt unter der ausdrücklichen Feststellung, daß diese Erledigung mit der nach wie vor deutsch-völkischen Einstellung der Partei nicht das geringste zu tun habe. Ferner wurde zu dem Verhalten der Abgeordneten v. Graefe und Wulle beschlossen, daß von ihnen angesichts der persönlichen Kränkungen, die sie den in Betracht kommenden Parteistellen öffentlich zugefügt hätten, ausreichende Erklärungen erwartet würden, zugleich mit der Versicherung, daß sie der notwendigen Parteidisziplin künftighin Rechnung tragen wollten. Zum Schluß wurde das neue Disziplinargesetz und die Art seiner Handhabung gegenüber deutschnationalen Beamten auf das schärfste mißbilligt.

Der Parteitag der Mehrheitssozialisten.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Augsburg, 17. Sept. In der großen, 4000 Menschen fassenden Sängerhalle des Stadtparkes wurde heute abend der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratie eröffnet. Die sozialdemokratischen Minister und Abgeordneten sind vollzählig erschienen, dazu viele Gäste aus dem Auslande, darunter Stauning, Andersen und Johannsen-Dänemark, Möller-Schweden, Rosebrock-Belgien, David und Ammon als Mitglieder des englischen Unterhauses und Mosler-Tschecho-Slowakei. Reichstagsabgeordneter Simon-Augsburg begrüßte die Teilnehmer des Parteitages im Namen der Augsburger Sozialdemokratie.

Parteivorsitzender Hermann Müller

wies dann in seiner Eröffnungsansprache auf den Ernst der gegenwärtigen Lage hin. Vierjähriger Weltkrieg und vierjähriger Gewaltfrieden haben gleich verwüstend auf alle Völker gewirkt. Wir stehen vor einem Winter, wie er uns furchtbarer auch im Kriege nicht gedroht hat. **Wenn sich in den siegreichen Staaten nicht die Einsicht Bahn bricht, daß die Gewaltpolitik aufhören muß, dann wird es mit Europas Herrlichkeit bald vorbei sein. Wenn nicht noch in diesem Jahre mit dem unökonomischen System der Unterdrückung und der politischen Provokation aufgehört wird, dann muß bald der Tag der Katastrophe über unser armes Volk hereinbrechen.**

Wir brauchen auch den Willen zur Selbstbehauptung im Innern.

Dann muß aber auch Rücksicht genommen werden auf das Existenzminimum der Massen des deutschen Volkes. Wenn die bürgerlichen Parteien eine Notgemeinschaft des ganzen Volkes fordern, dann dürfen sie sich auch nicht weigern, dem deutschen Volke Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung zu stellen und die Zwangsmittel des Staates zur Milderung anzuwenden. Die Proletarier haben vom Segen der freien Wirtschaft genug. (Beifall.) **Die Mitteilung des Redners von dem Ausschußbeschluß auf Erhöhung des Getreideumlagepreises wurde mit Entrüstungskundgebungen aufgenommen, und seine Erklärung begrüßt, daß die Sozialdemokratie bei einer Zustimmung des Kabinetts zu diesem Beschlusse die Verantwortung für die Folgen nicht tragen könne.** Unsere Politik hat immer das Ziel verfolgt, die Lage der arbeitenden Klassen zu hüten. Damit ist wohl vereinbar die Koalitionspolitik und die gewerkschaftliche Politik der Arbeitsgemeinschaft. Unser höchstes Ziel aber muß sein, zu verhindern, daß die deutsche Republik eine Geldsackrepublik wird.

Die deutschen Arbeiter, die die Republik gegründet haben, werden dafür sorgen, daß diese Republik auch die unsrige wird. Daß dieses Ziel noch nicht erreicht ist, wird uns nirgends klarer als auf bayrischem Boden. In